

Zum Erbe der Humboldt-Universität

Antwort an Rüdiger vom Bruch

Siegward Lönnendonker

„Juristisch scheinen die Dinge recht eindeutig“, so Rüdiger vom Bruch zum jüngst zwischen FU und HU aufgeflamnten Streit um das Erbe der alten Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität. Entzündet hat sich die Kontroverse um das Selbstverständnis von Humboldt-Universität und Freier Universität an einem Ranking aus Schanghai, das auch Nobelpreisträger aus der Geschichte der Universität mit berücksichtigt. Die Nobelpreisträger der Berliner Universität waren erst der Freien und dann der Humboldt-Universität angerechnet worden.¹ Die Gebäude der HU und das Personal verbürgten Kontinuität. Rektor Johannes Stroux war ein schon in den dreißiger Jahren hochrenommierter Altphilologe der Berliner Universität. Die Hauptgebäude der Friedrich-Wilhelms-Universität Unter den Linden, in der Dorotheen- und in der Universitätsstraße, waren bei Kriegsende zu etwa neunzig Prozent ausgebombt. In den ersten fünf Jahren der Nazi-Herrschaft hatten 234 Professoren wegen politischer und rassistischer Verfolgung die Friedrich-Wilhelms-Universität verlassen müssen, nach 1945 wurden von 900 ehemaligen Professoren und Dozenten im Zuge der Entnazifizierung nur 120 neu eingestellt. Prof. Eduard Spranger, der vom letzten Prorektor mit der Führung der Geschäfte beauftragt und von Stadtrat Otto Winzer (KPD) als Leiter des „Leitenden Ausschusses für Hochschulfragen“ eingesetzt und so indirekt als Rektor bestätigt worden war – den Vorsitz sollte erklärtermaßen der „Rektor der Berliner Universität“ führen –, erfuhr am 12. September 1945, daß der Präsident der Verwaltung für Volksbildung, Paul Wandel (KPD), ihn abgesetzt und durch Stroux ersetzt hatte. Spranger hatte sich für eine Universität unter Viermächtekontrolle eingesetzt, Stroux tat das nicht.²

„Der Begriff Wiedereröffnung“, behauptete vom Bruch im *Tagesspiegel*, „wurde [...] vermieden, aber nicht, um die Bezüge zur vormaligen Berliner Universität zu kappen [...], sondern weil die einseitig von SMAD und DVV (Deutsche Verwaltung für Volksbildung) betriebene Wiedereröffnung eindeutig gegen das Viermächtestatut für Berlin verstieß.“ Als wenn die Bezüge zur Berliner Universität von der Verwendung eines Begriffs abhängen würden! Aber warum verstießen die Sowjets denn gegen das Viermächtestatut? Eben weil sie die Bezüge kappen wollten! Hätten sie vorgehabt, eine Universität im Humboldtschen Sinne *wieder* zu eröffnen, dann hätten sie die Viermächtekontrolle zulassen können, alles wäre seinen demokratischen Gang gegangen, und die Freie Universität wäre vermutlich nicht gegründet worden. Nein, die „Bezüge zur vormaligen Berliner Universität“ wurden nicht durch Vermeidung des Begriffes „Wiedereröffnung“ gekappt, sondern durch die Politik der sowjetischen Besatzungs-

1 Der Autor hatte ein Papier als Argumentationshilfe für das Präsidium der Freien Universität verfaßt, aus dem im *Tagesspiegel* vom 12. Mai 2005 ausgiebig zitiert wurde. Rüdiger vom Bruch von der Humboldt-Universität antwortete in derselben Zeitung am 17. Mai 2005. Es geht dem Verfasser nicht darum, einseitige Schuldzuweisungen vorzunehmen und einen Streit der Universitäten vom Zaun zu brechen, sondern um Klarstellungen einiger Fakten, die in dem Zusammenhang des Verhältnisses von Freier und Humboldt-Universität berücksichtigt werden sollten.

2 Vgl. auch zum folgenden Lönnendonker, Siegward: *Freie Universität Berlin – Gründung einer politischen Universität*. Berlin 1988, S.48 ff.

macht in Verbindung mit den deutschen Kommunisten in der SBZ, die die Neugründung der Berliner Universität als eine Universität sowjetischen Typs betrieben, und das mit Erfolg.

Wichtigstes Ziel der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) war der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Und das hieß Ausschaltung der NS-Eliten, Ausbildung neuer Führungskader und Zusammenarbeit mit den wenigen antifaschistischen Akademikern und eventuell deren Integrierung. Diesem Ziel hatte sich auch die Hochschulpolitik unterzuordnen. Das Ziel der Universität war also nicht die Suche nach Wahrheit, sondern die Heranbildung loyaler Kader nach ideologischen Grundsätzen, die dann problemlos funktionieren und stets der Partei ergeben sein sollten. Polizei und sowjetisches Militär hatten unmittelbaren Zugang zur Universität und kontrollierten, ob ihre Vorgaben eingehalten wurden.

Die SMAD drängte auf eine schnelle Eröffnung der Berliner Universität, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, und das bedeutete die Eröffnung als Hochschule russisch-sowjetischen Typs.

Dieser Universitätstyp ist grundverschieden von dem Wilhelm von Humboldts. Im Gegensatz zu diesem, der sich der Freiheit der Wissenschaften in Forschung und Lehre, der öffentlichen Diskussion seiner Ergebnisse beim andauernden Prozeß der Wahrheitsfindung, der Verantwortung der Wissenschaft und der Offenheit für Kritik verpflichtet fühlt, ist die sowjetische Universität zunächst die Universität des Staates und die Universität der Partei. Das bedeutete verbindliche Lehrpläne, das heißt Ersetzung des Fachsystems mit freier Wahl der Vorlesungen und Übungen durch ein Kurssystem mit Pflichtvorlesungen; das bedeutete Kontrollen und Zwischenprüfungen, klare Unterordnung der Forschung und Lehre unter die Interessen und Erfordernisse des Klassenkampfes, Durchschulung der Universität zu einer Parteihochschule, bedeutete Abschied von Autonomiephantasien und umfassende In-Dienst-Stellung für die sowjetische Besatzungsmacht und die SED.

Ausführendes Organ war die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZV), die für die gesamte Sowjetische Besatzungszone und den sowjetischen Sektor von Berlin zuständig war und der Kontrolle und Weisungsbefugnis der Abteilung Volksbildung der SMAD unterlag. Die ersten Aufgaben waren die Entlassung von NS-Dozenten, NS-Professoren und politisch belasteten Angehörigen der Verwaltung, die Berufung von neuen Professoren und Dozenten sowie die Zulassung der Studenten. Später kamen als Zuständigkeitsbereiche die Universitätssatzung, die verfaßte Studentenschaft, neue Studiengänge, die pädagogische Fakultät, die Vorstudienanstalten, die Lehrpläne der Prüfungsordnung und die Grundschulung der Studenten hinzu.

Mit Gründung der DZV ging die Befehlsgewalt von den in den Ländern für Volksbildung zuständigen Stellen am 11. September 1945 an den Präsidenten der Zentralverwaltung, Paul Wandel, über. Auch er sprach auf dem Festakt zur Eröffnung der Berliner Universität im Januar 1946 „von einer Neueröffnung und nicht von einer Wiedereröffnung der Universität. [...] Es handelt sich vor allem um eine klare Abgrenzung von dem morschen verderblichen Vergangenen und um die Herausarbeitung neuer leitender Gedanken, die, aufbauend auf den wertvollen Traditionen der Vergangenheit, an die Stelle der Barbarei treten sollen, die 12 Jahre auf unserem Volke und seiner Kultur lastete“. So weit, so gut. Nur wurde dann lediglich der erste Teil des Versprechens eingelöst und der zweite verraten. An die Stelle des Aufbaus auf den „wertvollen Traditionen“ trat die Neugründung als sowjetische Universität.

Die Berliner Universität war nach dem Krieg eine Universität in einer kommunistischen Diktatur unter sowjetischer Besatzung. Die SED übte direkten Einfluß aus. Gleichzeitig unterlag das Rektorat der Weisungsbefugnis des Staatssekretariats für Hochschulwesen, was eine Doppelkontrolle der Universität durch Partei und Staat bedeutete. Die SED-Führung und ihre Hochschulfunktionäre waren davon überzeugt, daß in Berlin eine vollkommen neue Universität geschaffen werden mußte, offen auch und vor allem für Angehörige der unteren Schichten, um neue, der Partei verpflichtete Eliten für Staat und Gesellschaft heranzuziehen. Diese neue Universität sollte zugleich Vorbildcharakter für ganz Deutschland haben. Der SED war klar, daß der Humboldt-sche Typus der Universität für eine Kaderhochschule nicht taugte. In internen Verlautbarungen der Partei, auf Konferenzen der SED-Hochschullehrer und -Dozenten und auf Hochschultagungen der SED wurden die Humboldtschen Ideale der Freiheit von Lehre und Forschung, der Autonomie der Universität, der Verpflichtung auf wissenschaftliche Objektivität als reaktionär verworfen und durch die Verpflichtung der Universität zur politischen Umgestaltung der Gesellschaft unter der Führung der Partei ersetzt.³ Entsprechend dem immer wieder als Beispiel gepriesenen sowjetischen Hochschulsystem wurden historischer und dialektischer Materialismus als einzig gültige Wissenschaft für die Geschichte und die Erkenntnis über die Gegenwart etabliert und „Vorstudienanstalten“, „pädagogische Fakultäten“, das „gesellschaftliche Grundstudium“ und die „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ eingerichtet. Die Parteiorganisationen der Universität wurden im Dezember 1950 direkt der Abteilung Wissenschaft und Propaganda beim ZK der SED unterstellt. Der Name „Humboldt“-Universität sollte nur noch den Anschein erwecken, als schließe die Universität an die demokratischen Traditionen und das Wirken der Gebrüder Humboldt an.

Angesichts dieser Entwicklung galt bald für alle unabhängigen Geister: Wer gehen konnte, der ging. „Als ich vor zwei Jahren eine kleine Lehrtätigkeit an der hiesigen Universität wieder aufnahm, geschah das in der Hoffnung auf ein friedliches Nebeneinander marxistischer und nichtmarxistischer Richtungen in den Geisteswissenschaften. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die jetzigen Absichten der Pädagogischen Fakultät zeigen, wohin die Lehrtätigkeit der Universität gelenkt werden soll. Meine wissenschaftlichen Grundüberzeugungen verbieten es mir, an dieser Entwicklung auch nur als passives Mitglied des Lehrkörpers teilzunehmen“, so Friedrich Meinecke im Oktober 1948 an die Deutsche Verwaltung für Volksbildung.

Die Professoren, die an der „Humboldt“-Universität blieben, waren meist unpolitisch, überaltert oder akzeptierten die SED-Politisierung, sei es aus Sorge sich bloßzustellen, sei es aus Angst, ihrer Altersversorgung verlustig zu gehen. Wissenschaftlich war an der Humboldt-Universität bald ein Absinken in die Bedeutungslosigkeit zu konstatieren. Von 335 Dozenten, so stellte E. Montijo im *Tagesspiegel* vom 8. November 1947 fest, waren nur noch neun von internationalem Rang.

Wie andere auch ist Rüdiger vom Bruch vom „hohen Respekt“ der sowjetischen Hochschuloffiziere „vor dem Erbe deutscher Kultur und Wissenschaft“ überzeugt. Den hat es anfangs tatsächlich gegeben, allerdings wirkte er sich nicht so aus, daß die qualitativen Elemente der Ordinarienuniversität in die neue Universität einbezogen wurden, sondern er reduzierte sich in der Praxis sehr schnell auf Befehle zu ausgehnter, geheimer Rüstungsforschung an der Humboldt-Universität für die Rote Ar-

3 Vgl. Akten des Zentralen Parteiarchivs (PA) der SED: Akte IV 2/904/6; Akte NL 182/933 (Akte Ulbricht); Akte NL 182/934.

mee und technologischer Spitzenforschung für die sowjetischen Wissenschaften sowie die Übernahme der Ergebnisse.

Zunächst duldeten die Sowjets auch die bürgerlichen und konservativen Studenten, soweit sie nicht durch den Nazismus vorbelastet waren, und versuchten, sie zum Beispiel durch Zugeständnisse an den Studentenrat zu integrieren. Nachdem sie aber erkannt hatten, daß sie mit diesem „liberalen“ Konzept die Umwandlung der Universität in eine Hochschule sowjetischen Typus unter der alleinigen Kontrolle der Partei nicht erreichen konnten, wechselten sie den Kurs. Bei den Zulassungen zum Studium wurde die Parteizugehörigkeit höher bewertet als Fachkenntnisse („Wann wurde Stalin geboren?“). Durch massive Neuzulassung von Arbeiter- und Bauernkindern bei politischer, klassenbewußter Schulung wurde die soziale Zusammensetzung der neuen Studenten verändert und eine SED-konforme Studentenschaft der nachrückenden Semester geschaffen. Schon im Wintersemester 1946/47 gelang es den Kommunisten, den Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder auf neun Prozent und im nächsten Semester schon auf sechzehn Prozent zu erhöhen.

Die Erfahrung, daß qualifizierte Bewerber oft weniger qualifizierten den Studienplatz überlassen mußten, nur weil diese in der Partei waren, führte zu einer „Demoralisierung der Studentenschaft“ (Kotowski), die für ihr Studium politischen Organisationen beitreten mußte, deren Ziele sie ablehnte und verabscheute. Dazu kamen Maßnahmen des verdeckten und des offenen Terrors: Einschüchterungen durch das Kommissariat 5 (K 5) und den NKWD häuften sich, Studenten und Dozenten wurden bespitzelt, Oppositionelle, die am Prinzip der Freiheit der Hochschule festhielten, wurden verschleppt und ohne Verfahren zur Zwangsarbeit in sowjetischen Bergwerken verurteilt oder ohne Verfahren hingerichtet.⁴ Nachfragen der Kommilitonen nach den als „Faschisten“, „Konterrevolutionäre“ oder „Feinde des Volkes“ Diffamierten, die damit nicht mehr als Mitglieder der Universität galten, waren nicht erlaubt. Die Professoren und Dozenten enthielten sich bald jeglicher Opposition.

Anders die Studenten: In aktivem Widerstand gegen diesen kommunistischen Terror wehrten sie sich und gründeten mit Hilfe vor allem amerikanischer und deutscher Stellen und Personen die Freie Universität Berlin als Ort freier wissenschaftlicher Arbeit. Die Freie Universität wurde gegründet, weil die Berliner Universität Unter den Linden ihrer ureigensten Aufgabe, der Verteidigung der Freiheit von Wissenschaft in Forschung und Lehre, nach ihrem Versagen gegenüber der braunen Diktatur zum zweiten Mal nicht gerecht geworden war. Da die Unterdrückung der Freiheit eine politische Maßnahme war, mußte auch der Akt der Befreiung ein politischer sein: Die Freie Universität war eine politische Gründung, ein einmaliger Vorgang in der deutschen Universitätsgeschichte, und bei (west-)deutschen Professoren verpönt. Um ihr sakrosanktes Bild der deutschen Universität für alle deutschen Universitäten aufrechterhalten zu können und um dieser Freien Universität wegen ihres politischen Makels die letzte Anerkennung weiter versagen zu können, nahmen die meisten der westdeutschen Professoren das, was an den Hochschulen der sowjetisch besetzten Zone und der DDR vor sich ging, einfach nicht zur Kenntnis: eine Haltung, die nach dem Ende der SED-Diktatur nahezu nahtlos in die noch heute wirksame Verdrängungsstrategie überging.

Das Image der Humboldt-Universität speiste sich bei einer großen Zahl westdeutscher Professoren – und es ist zu vermuten: auch beim nach 1989 zuständigen Berliner Senator – noch aus Sekt-Empfängen auf Vorzeige-Kongressen in Ost-Berlin oder der

⁴ Vgl. den Beitrag von Jochen Staadt in diesem Heft.

DDR. In erschreckender Unkenntnis der Geschichte des DDR-Universitätswesens halten sie zum Teil sogar bis heute an der Fiktion einer Freiheit von Wissenschaft und Forschung auch unter der kommunistischen Gewaltherrschaft fest.

Vom Bruch hat insofern recht, als angesichts der Entwicklung an der „Humboldt“-Universität unter kommunistischer Leitung 1948 das Erbe der alten Berliner Universität Wilhelm von Humboldts herrenlos auf der Straße lag. Jedoch machten materielle Entbehrungen und die Notwendigkeit zu überleben es der FU nahezu unmöglich, neue Pläne für die neue Universität in der Tradition Fichtes, Schleiermachers und von Humboldts auszuarbeiten. Statt dessen lebte die Freie Universität das erste und bisher einzige Mal in der Geschichte der deutschen Universität das Ideal der Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden. Bezeichnend ist, daß die Studenten der neu gegründeten Freien Universität, die eben noch gegen die kommunistische Unterdrückung gekämpft hatten, ihre gerade erworbenen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte zunächst einmal gegen die Berufung nationalsozialistisch belasteter Professoren und gegen die Renaissance des schlagenden Verbindungswesens einsetzten. Farbtragen war an der FU als einziger Hochschule der Bundesrepublik und West-Berlins verboten. Ihr Widerstand richtete sich konkret gegen den „Feind“ in der nächsten Umgebung, während der „Antifaschismus“ der Studenten der Humboldt-Universität immer abstrakt blieb und keine Protestdemonstrationen zuließ, weder 1953 beim Aufstand der Arbeiterklasse in Ost-Berlin noch 1956 beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ungarn, noch 1968 bei der Niederschlagung des Prager Frühlings.

In der III. Hochschulreform der DDR Ende 1967 wurde die Verschulung des Studiums mit Prüfungen, Spezialisierungen und kurzfristiger Umsetzung von Wissen zur Produktion von Fachkadern offensichtlich. Die Kontrolle durch die SED wurde allgegenwärtig: Sie kontrollierte das politische Verhalten und Bewußtsein der Studenten. Die Professoren führten Dossiers über sie, die Überwachung durch die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit korrespondierte mit der zunehmenden Militarisierung samt Bildung von eigenen Kampfgruppen der HU und Pflichtübungen in Ausbildungslagern für die „Zivilverteidigung“. Die Wissenschaften dienten in den „ideologischen“ Fächern der Legitimation von Partei und Staat. Die Bürgerbewegung für Demokratie erreichte erst ganz am Ende und nur in kleinem Ausmaß die Humboldt-Universität. Nach der Wende stand die Humboldt-Universität unter der Leitung ihres Rektors und Stasi-Mitarbeiters Heinrich Fink, alias IM „Heiner“, vor der Frage: Verdrängung oder Aufarbeitung. Nach Meinung der wenigen Angehörigen der DDR-Opposition, die sich vor 1989 an der HU aufhielten, ist diese Entscheidung zugunsten der Verdrängung und des Beschweigens ausgefallen. Die Humboldt-Universität hatte 1991 bereits angekündigt: „Die Humboldt-Universität will ihre *Erneuerung* betreiben, nicht nur, aber auch *mit den vorhandenen Menschen*. Indem sie sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzt, will sie einen Beitrag leisten zu der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die auf allen Ebenen der Gesellschaft der ehemaligen DDR zu führen ist. Sie sieht hierin auch ein Anknüpfen an die große Tradition der Berliner Universität im 19. Jahrhundert: Mitzuwirken an der geistig-kulturellen Ausbildung einer neuen bürgerlichen Gesellschaft.“⁵ Herr vom Bruch schreibt heute, vierzehn Jahre später, daß „derzeit“ eine Fortsetzung der Anfang des Jahres erschienenen zwei Bände *Die Berliner Universität in der NS-Zeit* für die SBZ und DDR „vorbereitet“ wird. Man darf gespannt sein.

5 Thesen zur Entwicklung der Humboldt-Universität, in: II. Hochschulentwicklungsplanung, o. O. (Berlin), o. J. (Mai 1991), Vorlage für den Akademischen Senat.